



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/115 - 20.5.54 BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Straßburger Entschlieûungen	S. 1
Prestigeverlust für McCarthy	S. 3
Heinz Kühn: Zu den Wahlen in NRW (II)	S. 5

Ein erträglicher Kompromis

(sp) Erst am Freitag oder Sonnabend dieser Woche wird die Gemeinsame Versammlung der Montan-Union endgültig über die Resolution Beschluß fassen, die die Ergebnisse der zweiwöchigen Beratungen in Straßburg zusammenfassen soll. Schon heute aber kann man sagen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten, wenn in letzter Stunde nicht entscheidende Verschlechterungen eingebaut werden, für diese Entschlieûung stimmen werden. Sie können es mit gutem Gewissen tun, nachdem ein EVG-Propagandaantrag des belgischen Abgeordneten Dehousse von dieser Gesamtresolution abgetrennt wurde.

Worum ging es in dem Antrag Dehousse? Nun, er und seine Freunde wünschten, daß sozusagen als Präambel der Entschlieûung vorangestellt werden sollte, daß die Versammlung mit Genugtuung eine Erklärung des Ministerrates begrüßt, nach der direkte Wahlen zu einem europäischen Parlament stattfinden sollen, wenn der EVG-Vertrag doch noch in Kraft treten sollte. Dieses Parlament soll dann als Kontrollinstanz für alle bis dahin bestehenden "europäischen" Gemeinschaften fungieren.

Selbstverständlich haben die sozialdemokratischen Vertreter gegen diese Sonderentschlieûung gestimmt, und es ist erfreulich festzustellen, daß sie in ihrer ablehnenden Haltung Unterstützung auch durch andere Abgeordnete fanden. Die Sozialdemokratie kann selbstredend solchen Wahlen nicht zustimmen, denn es würde

sich um ein EAG-Parlament handeln, und an der ablehnenden Haltung der SPD zu dieser "europäischen" Verteidigungsgemeinschaft hat sich nichts geändert. Vielleicht noch schlimmer aber ist, daß dieses Parlament nicht im mindesten mehr Rechte haben würde, als die gegenwärtige Versammlung der Kontinental-Union, ein Tatbestand, der während der ganzen Sitzungsperiode von allen Seiten lebhaft beklagt wurde. Welchen Sinn würde es haben, ein Parlament der Machtlosigkeit zu wählen? Es käme nur auf eine Irrführung der Bevölkerung heraus.

Doch diese kleineuropäische Eskapade wird schnell vergessen sein. Realistischer und wichtiger hingegen ist die große Resolution der Gemeinsamen Versammlung, denn sie nimmt in vielen Kapiteln zu der Politik der Hohen Behörde in der Vergangenheit und für die Zukunft Stellung. Nicht, daß die Sozialdemokratie mit vollem Herzen zu dieser Resolution Ja sagen würde, denn sie muß den Auffassungen von Vertretern vieler Länder und Parteien Rechnung tragen, so daß eine gewisse Vorwaschenheit unvermeidlich ist. Darüber hinaus haben gerade die Vertreter der deutschen Regierungsparteien einen beachtlichen Eifer entwickelt, um konkrete Verpflichtungen für die Hohe Behörde, die dem Ungeist der freien Marktwirtschaft zuwiderlaufen könnte, abzuschwächen. Trotzdem bleibt genug in der Entschloßung stehen, das ein Ja der Sozialdemokratie rechtfertigt.

So die Aufforderung an die Hohe Behörde, mit allen Ländern Europas eine enge Zusammenarbeit anzustreben und eine Politik zu führen, die die wirtschaftliche Expansion zum Ziel hat.

Besonders wichtig aber scheint der sozialpolitische Teil der Resolution zu sein. Wenn die allgemeinen Beschlüsse auch in der Praxis verwirklicht werden, dann sollte es möglich sein, endlich brauchbare Unterlagen für einen Lohnausgleich zu erhalten. In der Folge wäre es dann möglich, Mastergesamtarbeitsverträge durch die berufenen Tariforganisationen vorzubereiten. Bei dem niedrigen deutschen Lohnniveau könnte selbst ein solcher, freilich nur moralischer Druck von Nutzen sein. Auch die konkreten Forderungen für den Arbeiterwohnungsbaue sind zu begrüßen, zumal die Entschloßung eindeutig feststellt - in Gegensatz zu den jüngsten Bemühungen des Wohnungsbauministers in der Bundesrepublik - daß die Miet- oder Erwerbsbedingungen den Einkommensverhältnissen angepaßt sein müssen.

Registrieren wir schließlich, daß die Vertreter der Regierungskoalition eine empfindliche Abstimmungsniederlage erlitten, als sie im Zusammenhang mit der USA-Dollaranleihe eine tiefe amerikanische Verbeugung machen wollten. Sie blieben mit ihrem Wunsch in der absoluten Isolation.

Wie gesagt, es ist bei weitem nicht festzustellen, daß alle Wünsche der SPD in dieser Entschloßung berücksichtigt worden wären. Sie hätte es weit lieber gesehen, wenn im Hinblick auf die anzustrebende umfassende europäische Zusammenarbeit und die notwendige aktive Konjunktur- und Investitionspolitik mehr und Konkretes gesagt worden wäre. Trotzdem rechtfertigen die mancherlei positiven Gesichtspunkte ein Ja zu dieser Entschloßung.

McCarthy gefährdet die Republikanische Partei

Dr. R. Es konnte den amerikanischen Republikanern eigentlich nichts Schlimmeres passieren, als daß der Fall "McCarthy contra Army" einige Monate vor den Wahlen Formen annimmt, die vermuten lassen, daß sowohl der Erfinder des Carthyismus wie auch der republikanische Heeresminister zerzaust aus der Affäre hervorgehen. Die drei demokratischen Mitglieder des Untersuchungsausschusses tragen viel dazu bei, nicht nur die beiden Streitenden bloßzustellen, sondern auch die Partei, die sie in ihre Ämter brachte. Denn beide Flügel der Republikaner, der intolente des Senators und der gemäßigte Eisenhower, dem Heeresminister Stevens angehört, gehen aus dem Skandal gerupft hervor. Die amerikanischen Fernschender übertragen bisher jede Phase der Verhandlungen und der Gedanke liegt nahe, daß der amerikanische Durchschnittsbürger über das befremdet ist, was er, der selbst seine Söhne in der Armee weiß und vielleicht eines Tages in einem Kriege, auf solche Weise erfährt.

Stevens hat zweifellos zunächst versucht, dem Rekruten Shine - sein Name ist inzwischen in die Armeesprache als Ausdruck für "Drückbergerei" eingegangen - die Vorteile zu verschaffen, die McCarthy für seinen reichen Schützling und Assistenten gefordert hatte. Die Armee befürchtete eine Gefährdung der gesamten Disziplin und zeigte sich über ihren ministeriellen Chef enttäuscht, weil er vor den Generälen erst starke Worte gegen den Senator machte und dann doch vor ihm und seinem Ausschuss zu Knieen kroch. Das sehen Soldaten nicht gern; im Pentagon hält man daher Stevens Rücktritt für fällig. McCarthy aber schneidet noch schlechter ab. Anstatt als Ankläger mit Brüllen und Drohen fungiert er jetzt als Angeklagter und spielt seine Rolle in den Verhören schlecht. Er wußte nichts zu erwidern, als bei den Verhören herauskam, sein zweiter Assistent Cohn habe vom Heeresminister verlangt, daß der Rekrut Shine sofort General würde. Beide Parteien haben mit abgehörten Telefongesprächen und gefälschten Fotografien gearbeitet. Sie machen beide eine schlechte Figur.

Die Stellung des Offizierskorps gegen McCarthy wurde bezogen, als er die Sonderbehandlung für Shine mit der Grobschlächtigkeit eines Wildwestmannes durchzusetzen versuchte. An den Mienen der dem Verfahren beiwohnenden Militärs aus dem Pentagon ist, so wird berichtet, zu spüren, daß auch der Minister seinen Kredit verloren hat. Sie haben

kein Verständnis, daß Stevens jede feste Haltung gegenüber unzulässigen Eingriffen vermissen ließ. Wie sie fangen auch Millionen Amerikaner an zu denken, die sich mit der Armee verbunden fühlen. Der zweite Weltkrieg legte um die Army einen Mythos. Jeder, der ihn verletzt, muß einer Massenreaktion gewärtig sein. Dieser Augenblick ist gekommen. Man macht Stevens den Vorwurf, das Tabu der Armee nicht verteidigt zu haben. McCarthy wird beschuldigt, durch seine krassen Versuche eine Extrawurst für seinen Schützling erhalten zu wollen. Das ist, so argumentiert der Mann auf der Straße, ein direkter Angriff auf den demokratischen Charakter der Streitkräfte.

Bei ihm hatte McCarthy bisher den stärksten Anhang, denn der amerikanische Intellektuelle empfand das Schnüfflertum seines Ausschusses längst schon als peinlich, übrigens auch als zwecklos, nachdem der Justizminister festgestellt hatte, daß die staatliche Institution des "FBI" und nicht der Ausschuss gefährliche Kommunisten in ihrer Tarnung entlarvt hatte. Die Krise, in die der amerikanische Imitator der Inquisition geraten ist, verdankt er seiner eigenen Bedenkenlosigkeit und der Unkenntnis der psychologischen und moralischen Grenzen seines Wirkens aus eigener Machtvollkommenheit. Nur so ist auch die Stellung der Kirchen gegen ihn zu erklären. Zunächst waren es protestantische Geistliche, die ihn öffentlich angriffen. Später hat auch der katholische Bischof von Chicago erklärt, die Kirche könne gegen Lüge, Verleumdung und Betrug nicht gleichgültig sein, gerade wenn diese Mittel im Kampf gegen den Kommunismus ins Feld geführt werden. Die Einflüsse der Kirchen dürfen gerade in den USA nicht unterschätzt werden.

Man spricht bereits offen davon, daß McCarthy ein erledigter Mann sei. Das mag übertrieben sein, denn seine Neigung zu Intoleranz und primitiven Lösungen hat immerhin nationalistische Tendenzen gefördert, die ihn zunächst noch auf der Oberfläche der Wellen tragen werden. Aber er hat wohl nicht bedacht, daß er der Republikanischen Partei mehr geschadet als genutzt hat. Nach den Wahlen wird man darüber mehr wissen. Denn die Demokratische Partei ist auf der Hut und kann aus dem Material des McCarthy Ausschusses, der viele ihrer Freunde in die Wüste schickte, die Geschosse formen, die sie im kommenden Wahlkampf auf die Republikaner abzufeuern gedenkt.

+ + +

Konstruktive Opposition der SPD (II)

Von Heinz Kühn, MdB

In der Demokratie besteht die Aufgabe einer verantwortlichen Opposition nicht darin, aus der Ablehnung der Regierung nach allen nur denkbaren taktischen Mitteln zu greifen, um die Regierung zu stürzen. Sowohl im Bonner Bundesgrundgesetz als auch in der Düsseldorfer Landesverfassung hat die SPD bei dem Einbau des sogenannten "konstruktiven Mißtrauens" in die Verfassung nachdrücklich mitgewirkt. Das heißt, daß eine Regierung nur gestürzt werden kann, wenn die sich gegen sie zusammenfindende Mehrheit auch selbst in der Lage ist, eine Regierungsmehrheit zu bilden. Da es grundsätzlich mit der KPD und in diesem Lande angesichts ihrer Rechtstendenzen auch mit der FDP keine Möglichkeit der Koalitionsbildung für uns gibt, war praktisch die Regierung Arnold trotz ihrer geringen Majorität un-stürzbar. Erst in den bevorstehenden Neuwahlen wird das Volk an Rhein und Ruhr darüber zu befinden haben, wem es künftig die Führung seiner Landespolitik anvertrauen will.

In einer solchen politischen Situation besteht die Aufgabe einer verantwortungsbewußten Opposition darin, erstens die Regierung an der Verabschiedung von Gesetzen und an der Durchführung von Aktionen zu hindern, die wir Sozialdemokraten nicht wünschen, und zweitens, die Regierung zu veranlassen oder zu zwingen, Gesetze einzubringen und Aktionen durchzuführen, an deren Verwirklichung wir Sozialdemokraten interessiert sind. Eines der Beispiele für ein solches von uns erstrebtes und aus der Opposition gegen die ursprüngliche Abwehr der Regierungsparteien erzwungenes Gesetz war die gesetzliche finanzielle Sicherung der Volkshochschulen, denen wir als Stützen der demokratischen Erwachsenenbildung große Bedeutung beimessen. Aber auch zahlreiche Erhöhungen wichtiger Einzelpositionen in den Haushaltsplänen gegen die Regierung und ihre Parteien sind die Frucht dieser zähen und verantwortungsvollen Opposition.

Von der konstruktiven Opposition zur gestaltenden Regierungspolitik

Jedermann weiß, daß die Adenauer-Konjunktur des 6. September vorüber ist. In einer Atmosphäre der Angst und der Vorleumdung gelang jenes "Aufgebot des Spießers", das auch dann nicht noch einmal möglich wäre, wenn nicht mittlerweile des Bundeskanzlers Felle außen- und innenpolitisch ins Schwimmen geraten wären. Alle sogenannten repräsentativen Volksbefragungen der Meinungsforschungsinstitute beweisen den Rückschlag des politischen Konjunkturpendels in Richtung auf jene Normalposition, die von den letzten Landtagswahlen über die Kommunalwahlen auf die Möglichkeit hindeutet, daß in diesem Lande die Sozialdemokratie die führende Partei wird.

Auf welchen Grundsätzen würde eine sozialdemokratisch geführte Regierung aufzubauen haben?

Der Raum der landespolitischen Initiativmöglichkeit ist immer mehr eingeschränkt worden. In vielen Fällen beschränkte er sich lediglich auf die Durchführung von Gesetzen, deren politische Konstruktion im Bundestag beschlossen wird. Und dennoch liegen auch hier große Möglichkeiten, das Wort, das dieser Regierung der CDU nur als Propagandaschild diente, zur Wirklichkeit werden zu lassen: Das Wort vom "sozialen Gewissen", das die Regierung unseres Landes gegenüber den unsozialen Kräften sein soll. Da, wo sie dieses Wort durch die Tat hätte bezeugen müssen, gegenüber der Bundesregierung im Bundesrat,

haben wir häufig genug die Regierung Arnold versagen sehen !

Aber auch der Bereich, in dem eine Landesregierung Handlungsfreiheit für eigene Gesetze hat, muß mutig aus dem Geiste sozialer Verantwortung ausgefüllt werden. Diese soziale Verantwortung gilt es auch und gerade auf dem Gebiet der Kulturpolitik zu bekunden. Nicht weltanschauliche Kämpfe, sondern Erfüllung der sozialen Erfordernisse brauchen wir in der Kulturpolitik unseres Landes. Die Neigung gewisser Kräfte, immer dann das "Christentum in Gefahr" zu erklären, wenn nichts anderes in Gefahr ist als die materielle Sattheit derjenigen, die zu ihrer sozialen Pflicht gezwungen werden sollen, ist keine aufrichtige Politik.

Wir wollen keinen Kulturkampf

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages hat keinen Kulturkampf proklamiert, sie hat ihn selbst dann nicht geführt, als man ihn ihr aufzuzwingen versuchte, und sie wünscht auch in Zukunft keinen Kulturkampf.

In einer Zeit, in der Deutschland zwischen zwei feindliche Blocks gepreßt, im Innern zerrissen und vom Äußern bedroht, nur in der mehr blendenden als wärmenden Sonne einer möglicherweise sehr kurzen Konjunktur, die auf dem fragwürdigen Fundament der Rüstung der Welt beruht, eine täuschende Sicherheit erlebt, können wir keine selbstzerfleischenden Weltanschauungskämpfe brauchen !

Die Sozialdemokratie hat im Streit um Verfassung und Schulgesetz mutig und offen unter dem Banner der Freiheit und der Toleranz gekämpft. Beide Werte sind nicht nur als Fundamente der Demokratie unverzichtbar, sie sind doppelt geboten in einem Lande, das wie das unsere Katholiken und Protestanten, Arbeiter und Bauern in einer sozialen und geistigen Durchmischung besitzt, wie kaum ein anderes Land der Bundesrepublik. Die menschliche Toleranz und die geistige Freiheit muß deshalb in all unseren Gesetzen und Aktionen eine gesicherte Heimstatt finden. Wem dies schon die hohen Grundsätze der Demokratie nicht gebieten, dem sollte es wenigstens um der Zweckmäßigkeiten des menschlichen Zusammenlebens willen einleuchten.

Jeden Versuch, eine konfessionelle Vorrangstellung zu gewinnen, wird die Sozialdemokratie ebenso zurückweisen, wie jeden Versuch, einen politischen Herrschaftsanspruch zu erwingen. Unabhängig, ob wir in der Opposition oder in der Regierung sind ! Aber jedes wirklich weltanschauliche Anliegen der Kirchen, dessen Erfüllung ihnen um ihrer religiösen Mission willen unverzichtbar sein muß, wird auch die Anerkennung und den Schutz der Sozialdemokratie finden. Wiederum unabhängig, ob wir in der Opposition oder in der Regierung sind.

Die große Verpflichtung der Kulturpolitik unseres Landes wird die Sozialdemokratie jedoch gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt in der sozialen Erfüllung der Kulturpolitik erblicken. Deshalb ist ihr die Unentgeltlichkeit der Ausbildung unserer Jugend von der Volksschule bis zur Universität ein Hauptanliegen sozialdemokratischer Regierungspolitik. Denn erst, wenn dieser entscheidende Schritt getan ist, wird allen Kindern, unabhängig von der sozialen Lage des Elternhauses, die Möglichkeit gegeben, ihre Kräfte zum Nutzen der Allgemeinheit und zur Gestaltung ihrer eigenen Persönlichkeit zu entwickeln.

Verantwortlich: Peter Raunau